

## **Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Externe unabhängige Untersuchung des Sicherheitsdienstes der Reitschule bei den Ausschreitungen vom 1. September 2018**

Die flankierende Sicherheitsvereinbarung zum Leistungsvertrag mit der Reitschule legt Kommunikations- und Verhaltensregeln für die Reitschule fest. In dieser kommt dem Sicherheitsdienst der Reitschule eine bedeutende Rolle zu. Es deutet leider alles darauf hin, dass die Sicherheitsvereinbarung mit der Reitschule bei dem Polizeieinsatz vom 1. September 2018 einmal mehr nicht wie vorgesehen funktioniert hat und der Sicherheitsdienst die linksautonomen Chaoten sogar aktiv unterstützt hat.

Bei den Ausschreitungen vom 1. September 2018 wurde erneut die Schwelle des gewalttätigen Extremismus überschritten. Die Täter haben sich im Perimeter der Reitschule vorbereitet, sie sind über den Vorplatz gegangen und haben sich nach dem Angriff mit Bierflaschen, Steinen und Feuerwerk wieder dahin zurückgezogen.

Als weitere Einsatzkräfte vor Ort eintrafen, wurden diese ebenfalls sofort mit Steinen, Flaschen, Eisenstangen und Feuerwerkskörpern – teils auch vom Dach der Reitschule und aus dem Schutz errichteter Deckungen – angegriffen. Es ist nicht glaubwürdig, dass niemand von der Reitschule etwas davon gemerkt haben soll. Die Reitschule wird von der Stadt Bern finanziell unterstützt und sie hat offensichtlich das Problem, dass sie Kriminellen Unterschlupf gewährt und der Sicherheitsdienst gegen die Polizei arbeitet.

Bereits die Akteneinsicht in die Polizeirapporte zur Reitschule belegen schwarz auf weiss, dass der reitschulinterne Sicherheitsdienst sich aus Sicht der Polizei immer wieder unfreundlich, unkooperativ und hindernd verhält. Genau so war es bei den Zusammenstössen vom 1. September 2018.

Der Gemeinderat wird aufgefordert folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. Er leitet eine externe unabhängige Untersuchung ein die das Verhalten des Sicherheitsdienstes der Reitschule bei den erwähnten Ausschreitungen untersucht.
2. Er unterbreitet dem Stadtrat eine Regelung für Türsteher und Security der Reitschule (Anhang zur Sicherheitsvereinbarung) welche sich nach dem Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen (KCJIDS) richtet. (Bewilligungspflicht, keine vorbestraften Mitarbeiter im Sicherheitsdienst, spezifische Grundausbildung und regelmässige Weiterbildung usw.)

Es braucht einen Sicherheitsdienst, der mit der Polizei kooperiert. Damit er das kann, wäre es hilfreich, wenn im Sicherheitsdienst Leute arbeiten, die nicht vorbestraft sind und einen einwandfreien Leumund haben.

Bern, 13. September 2018

*Erstunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat*

*Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Kurt Rügsegger, Roland Iseli, Rudolf Friedli, Ueli Jaisli*

### **Antwort des Gemeinderats**

Die Motion bezieht sich auf einen Vorfall auf der Schützenmatte in der Nacht von Samstag, 1. September auf Sonntag, 2. September 2018. Eine Patrouille der Kantonspolizei, die sich im Rahmen präventiver Präsenz auf der Schützenmatte aufhielt, war damals mit Gegenständen beworfen und bedrängt worden. Im Verlaufe der Nacht eskalierten die Angriffe, worauf die Einsatzkräfte der Kantonspolizei auch Gummischrot und Reizstoffe einsetzten. Im Rahmen des Einsatzes wurden drei Polizisten verletzt; Verletzungen gab es auch auf Seite der Angreifenden sowie bei Unbeteiligten. Der Vorfall vom 1. September hat auf verschiedenen Ebenen zu intensiven Diskussionen geführt.

Unter anderem hat die Aufsichtskommission des Stadtrats beschlossen, die Ereignisse zu untersuchen und hat zu diesem Zweck verschiedene Akteure angehört. Vor dem Hintergrund dieses Vorfalles fordert der Motionär vom Gemeinderat, eine unabhängige Untersuchung über die vom Sicherheitsdienst des Vereins Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) eingenommenen Rolle einzuleiten (Punkt 1) und dem Stadtrat eine Regelung für Türsteher und Security in der Reitschule gemäss dem Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen vorzulegen (Punkt 2).

*Zu Punkt 1:*

Der Gemeinderat verurteilt Angriffe auf Einsatzkräfte der Polizei, wie sie in der Nacht vom 1. auf den 2. September 2018 erfolgt sind, in aller Deutlichkeit. Er erwartet, dass die Polizei ihre Aufgaben und Funktionen überall gleichermassen wahrnehmen kann, ohne dabei wiederkehrenden Schikanen oder Angriffen ausgesetzt zu sein.

Der Gemeinderat teilt aber die Einschätzung nicht, dass es sich beim Vorfall vom 1./2. September 2018 in erster Linie um ein Problem des Sicherheitsdiensts der Reitschule handelt. Unbestritten ist, dass es im Raum Schützenmatte/Reitschule wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen Nutzerinnen- und Nutzergruppen einerseits und der Polizei andererseits kommt. Solche Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei sind indes kein singuläres Berner- bzw. Schützenmatte-/Reitschule-Phänomen, sondern kommen in anderen Städten im In- und Ausland ebenso vor – dort räumlich aber vielfach auf grössere Gebiete verteilt.

Vor diesem Hintergrund erachtet der Gemeinderat eine Untersuchung über die Rolle bzw. das Verhalten des Sicherheitsdiensts der Reitschule anlässlich des Vorfalles vom 1./2. September 2018 nicht als gewinnbringende Massnahme hinsichtlich einer Verbesserung der Akzeptanz der polizeilichen Arbeit im Raum Schützenmatte. Genau darauf will der Gemeinderat jedoch hinwirken. Es ist unbestritten, dass der Drogenhandel eine Belastung sowohl für die Nutzung der Schützenmatte als intensiv frequentiertem (Jugend-) Freiraum und Treffpunkt als auch für den Betrieb der Reitschule selber darstellt. Zur Eindämmung des Drogenhandels ist – als ein Baustein unter weiteren – eine regelmässige Polizeipräsenz vonnöten, auch im Rahmen präventiver Einsätze. Der Gemeinderat ist gewillt, mittels geeigneter Massnahmen an der Erhöhung der Akzeptanz einer solchen regelmässigen polizeilichen Präsenz zu arbeiten. Dafür erachtet er das Einleiten einer externen unabhängigen Untersuchung nicht als taugliche Massnahme. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat daher, die Motion in diesem Punkt abzulehnen.

*Zu Punkt 2:*

Bezüglich der Ausgestaltung des Sicherheitsdiensts ist das Sicherheitskonzept der IKuR das Schlüsseldokument. Formal stellt das Sicherheitskonzept ein Dokument der IKuR dar; es ist in seiner Version vom 28. Oktober 2015 jedoch zugleich integrierender Bestandteil der Betriebsbewilligung und damit nicht einseitig veränderbar. Das Sicherheitskonzept konkretisiert in erster Linie die Anforderungen an Mitarbeitende der Reitschule im Bereich des Sicherheitsdiensts (Security). Ebenfalls werden die Aufgaben des Sicherheitsdiensts beschrieben.

Bezüglich der strittigen Punkte ist im Sicherheitskonzept festgehalten, dass Security-Mitarbeitende «keine Vorstrafen von Officialdelikten, welche für die Ausübung dieser Tätigkeit relevant sind, aufweisen» dürfen. Ebenso «dürfen Security-Mitarbeitende keine wiederholten Verurteilungen im Bereich von Antragsdelikten, welche für die Ausübung dieser Tätigkeit relevant sind, aufweisen» (Ziffer 1.2.7). In den Ziffern 2.1 und 2.2 der Zusatzvereinbarung zum Sicherheitskonzept ist festgehalten, dass der/die Sicherheitsbeauftragte dem Regierungsstatthalteramt jährlich oder auf Anfrage bestätigt, dass die eingesetzten Mitarbeitenden diese Voraussetzungen erfüllen sowie die erforderlichen Aus- und Weiterbildungen besitzen. In Ziffer 2 des Sicherheitskonzepts ist ferner festgelegt, dass Security-Mitarbeitende «für Dritte erkennbar sein» müssen. Zwischen der Stadt Bern, dem Regierungsstatthalteramt und der IKuR wurde am 15. April 2016 eine Zusatzvereinbarung zum

Sicherheitskonzept abgeschlossen. Diese präzisiert unter anderem die Bestimmungen zu den Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung der Security-Mitarbeitenden der Reitschule. Zentrale materielle Anliegen des Motionärs sind somit bereits mit den geltenden Bestimmungen erfüllt.

Der Gemeinderat vertritt die Auffassung, dass sich wirkungsvolle Verbesserungen im Umfeld der Reitschule in erster Linie auf dem Dialogweg und mit gemeinsam entwickelten und mitgetragenen Massnahmen erzielen lassen. Denn gemeinsam erarbeitete Massnahmen erzeugen in aller Regel ein wesentlich grösseres Commitment. Insofern dürfte eine zwar möglicherweise etwas weniger weitreichende, dafür aber mit Überzeugung umgesetzte Massnahme in der Praxis einen höheren Nutzen bringen als eine nur widerwillig oder halbherzig umgesetzte Auflage. Der Gemeinderat spricht sich daher dafür aus, die Rolle und die Anforderungen an den Sicherheitsdienst der IKuR auf dem Dialogweg weiterzuentwickeln; der Gemeinderat bringt entsprechende Rückmeldungen, Anliegen und Erwartungen regelmässig sowohl in die ordentlichen Gespräche mit der IKuR als auch in die entsprechenden Vertragsverhandlungen ein. Angesichts dieser Erwägungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Motion auch in diesem Punkt abzulehnen.

### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 20. März 2019

Der Gemeinderat